

WdA im Mai

Die herrschenden Eliten in Wirtschaft und Gesellschaft sind besorgt um die Stabilität der politischen Verhältnisse. Nun hat auch noch Bundespräsident Horst Köhler die Banken stark kritisiert und die Finanzmärkte als „Monster“ bezeichnet. Aber das meint er nicht so ernst. Als früherer Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF) kennt er sich aus. Mit seiner Kritik setzt er vielmehr auf Zustimmung in der Bevölkerung, und die hätte er gerne auch für seine Wiederwahl im nächsten Jahr. Doch immer mehr Menschen zweifeln an der „sozialen Marktwirtschaft“. Mit Imagekampagnen in den Medien, in Schulen, Universitäten und mit intensiver Lobbyarbeit auf allen politischen Ebenen ist das Volk kaum noch zu täuschen. Die Lügen und Widersprüche sind unübersehbar. Notwendig ist eine Auseinandersetzung mit den Absichten und Zielen der herrschenden politischen Klasse. Einige Felder werden auch in dieser Ausgabe der *WdA* angesprochen.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Konzerne erobern die Schulen

Seite 2

**Gefangene des Kapitals,
DGB mit SPD?**

Seite 3

**Befragung zur Leiharbeit,
Gleiche Arbeit – Gleiches Geld**

Seite 4

**Selbstbedienung der Politiker,
Kapitalismus pur**

Seite 5

**Endstation Ladentheke,
Buchempfehlungen**

Seite 6

Türöffner fürs Kapital

Seite 7

**Das Lehrstück vom
1. und 2. Mai 1933**

Seite 8

**Mehrarbeit oft unbezahlt,
700.000 Rentner haben Minijob**

Seite 9

**Karl Marx als Trio zu Hause im
Park, Filmtipp, Impressum**

<http://www.streik.tv>

Konzerne erobern die Schulen

Vor dem schleichenden Eingriff von Kapitalinteressen in deutsche Schulen warnen Lehrerverbände. Den Schulministerien werfen sie vor, den Aktivitäten der Unternehmen nicht nur tatenlos zuzusehen, sondern sie teilweise sogar zu fördern. Die staatlichen Investitionen für Schulbücher sind beispielsweise seit 1991 von knapp 400 Millionen auf inzwischen nur noch 230 Millionen Euro (2005) gesunken, obwohl es heute eine Million Schüler/innen mehr gibt als damals.

Den unübersehbaren Mangel nutzen nun Unternehmerverbände und Konzerne, um ihre Interessen in die Schulen zu transportieren. Vor allem die Bertelsmann-Stiftung nutzt die Situation konzeptionell und strategisch, um junge Menschen zur Akzeptanz und Unterstützung neoliberaler Prinzipien anzuleiten. Die etwa 670.000 Lehrer und Lehrerinnen in Deutschland können auf ein umfangreiches Angebot von Unterrichtsmaterialien aus der Wirtschaft zugreifen. Nach einer Studie der Universitäten Hamburg und Erfurt nutzen bislang etwa 30 Prozent der Pädagogen Material aus dem Unternehmerlager. 80 Prozent von ihnen befürworten den Einsatz ausdrücklich. So will das Internet-Portal <http://www.schule-trifft-wirtschaft.de> das Unterrichtsmaterial für die Lehrer transparent machen. Unterstützt wird das Angebot unter anderem von der Metro-Group. Etwa hundert Partnerschaften mit Schulen unterhält das Handelsunternehmen, mehr als 7.000 Schulen hat es Lehrmaterial kostenlos zur Verfügung gestellt.

Gesponserte Kurse und Projektstage, Lehrerfortbildungen, Kopiervorlagen, Arbeitsmappen und vieles mehr werden von Unternehmen, Branchenverbänden und PR-Agenturen in die Schulen gepumpt, um Einfluss auf das Denken und Konsumverhalten junger Menschen zu gewinnen. Um öffentliche Gelder zu sparen, wird den Schulen von zuständigen Behörden empfohlen, „sich Geld oder Sachmittel auf dem Sponsoringmarkt zu besorgen.“ Die Folgen werden offensichtlich politisch ignoriert.

Besonders aktiv sind neben der Nahrungsmittelbranche Energiekonzerne und Finanzwirtschaft. Schülerhefte zum Thema Zukunftsvorsorge, die der Bundesverband der Investmentbranche (BVI) jährlich in einer Auflage von 250.000 Exemplaren druckt, appellieren an Gymnasiasten: „Je früher Sie mit der privaten Vorsorge beginnen, desto besser. Jedes Jahr zählt!“ Als Hausaufgabe sollen die Schüler „Vorsorgeprodukte recherchieren“, Renditechancen vergleichen und die Eltern fragen, ob sie privat fürs Alter vorsorgen.

Schulen werden instrumentalisiert für Imagekampagnen der Unternehmen. Auch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), eine Propagandaorganisation der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie, vertritt branchenübergreifend die ordnungspolitischen Grundgedanken, die zur Erhaltung des herrschenden kapitalistischen Systems beitragen. Die Aktivitäten beschränken sich keineswegs allein auf die allgemeinbildenden Schulen. Auch Professoren an den Universitäten werden von der Wirtschaft gesponsert. Beispielsweise gibt es an der Uni Frankfurt 36 Professuren, die von der Wirtschaft bezahlt werden. Und so darf man sich nicht wundern, wenn Lehrinhalte an ökonomischen Interessen ausgerichtet sind. Merkwürdig ist nur, dass es darauf keine spürbare Gegenbewegung weder bei den Studenten noch in den Gewerkschaften gibt.

Franz Kersjes

Mitarbeiterbeteiligung **Gefangene des Kapitals**

Gegen eine Mitarbeiterbeteiligung kann niemand ernsthaft etwas haben. Trotzdem scheint es in Deutschland, mehr als im Ausland, ideologisch tabuisiert, die Beschäftigten an dem zu beteiligen, was sie erwirtschaftet haben: an Gewinn und Kapital privatwirtschaftlicher Unternehmen.

Solche Beteiligungen sind nicht nur geboten, wie einige Politiker jetzt betonen, weil hier zu Lande in den vergangenen Jahren eine Umverteilung zu Gunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen zu beklagen war und sich der angesammelte Reichtum nur in den Händen weniger konzentriert. Nein: Die Beteiligung am Gewinn und Kapital ist vielmehr eine grundsätzliche ordnungspolitische Frage. Sie entscheidet mit darüber, wer in Unternehmen über den Kapitaleinsatz verfügt.

Bekommen die abhängig Beschäftigten lediglich Lohn und Gehalt, verbleibt das "Investitionsmonopol" (Erich Preiser) beim Kapital, das auch bestimmt, wann, wie und wo investiert wird. Wer nur Lohnneinkommen bezieht, bleibt "Gefangener" des Kapitals. Er erreicht nie die Sphäre der alles entscheidenden Investitionen. Dies wird uns unter einer politisch gemachten und zu verantwortenden Globalisierung täglich vorgeführt. Der Nokia-Fall war hier nur ein herausragendes, aber mit Sicherheit nicht das letzte Beispiel.

Eine wirkliche substanzielle Beteiligung der Beschäftigten ist mit dem Modell der Großen Koalition nicht umsetzbar. Dies wäre nur dann der Fall, wenn der Gesetzgeber vorschreiben würde, dass die Hälfte des versteuerten Gewinns an die Beschäftigten abzuführen ist. Darüber redet die Politik aber nicht einmal hinter verschlossenen Türen.

Nach dem jetzt vorgelegten Modell kommt es im Grunde nur zu Prämienzahlungen, die in den Gewinn- und Verlustrechnungen als Personalaufwand verbucht werden und somit unter sonst gleichen Bedingungen den zu versteuernden Gewinn in den Unternehmen absenken und damit beim Staat für verminderte Einnahmen sorgen. Zwar steigen im Gegenzug die Lohnsteuer- und Sozialabgaben, unter dem Strich aber wird der Staat drauflegen müssen - zumal die steuerlichen Anreize für die Beschäftigten, also Subventionen, steigen sollen. Vor dem Hintergrund der viel gescholtenen Verschuldung ist zu fragen, wieso der Staat eigentlich noch Anreize zu einer solchen Kapitalbeteiligung geben muss?

Es bleiben also erhebliche Zweifel, ob es Union und SPD mit ihrem Modell ernsthaft um eine "echte" Gewinn- bzw. Kapitalbeteiligung geht. Oder hat es die Große Koalition doch nur auf ein neues Instrument der Lohnflexibilisierung abgesehen? Was, wenn es bei der Umsetzung des Koalitionsmodells in einem Unternehmen noch zur Kopplung der Gewinn- an eine Verlustbeteiligung kommt? Während in guten Geschäftsjahren Zusatzprämien winken, müssten die Beschäftigten in schlechten Zeiten für die Verluste gerade stehen. Weil es aber zahllose Mittel und Wege gibt, Gewinne entweder klein zu rechnen oder sogar als Verluste auszuweisen, liefe dies nur auf eine noch stärkere Umverteilung von unten nach oben und weitere massive Steuerausfälle für den Staat hinaus.

Heinz-J. Bontrup

Erstveröffentlichung in der Wochenzeitung **Freitag** Nr. 18 vom 2. Mai 2008
(Der Autor lehrt Wirtschaftswissenschaften an der Fachhochschule Gelsenkirchen)

Kommentar **DGB mit SPD?**

Tag der Arbeit. 1. Mai 2008. Erstmals seit Jahren sprechen wieder SPD-Politiker auf Maikundgebungen der Gewerkschaften. Lautstark protestieren viele Teilnehmer beispielsweise gegen die Auftritte von SPD-Chef Kurt Beck in Mainz und Arbeitsminister Olaf Scholz in Bielefeld. Warum wurden sie eingeladen? Ist die SPD etwa nicht mehr verantwortlich für die arbeitnehmerfeindliche Politik in den vergangenen zehn Jahren, die Millionen Menschen in Deutschland benachteiligt hat: Hartz IV; Niedriglöhne; Rente mit 67; Steuererleichterungen für Kapitalbesitzer; Bahnprivatisierung. Hat sich die SPD etwa inzwischen von der Agenda 2010 verabschiedet oder hat sie den Schröderismus wenigstens in der eigenen Partei aufgearbeitet?

Bei der Mehrheit der abhängig Beschäftigten dürfte die SPD für ihre Politik in der Vergangenheit keine Zustimmung finden. Es ist deshalb unverantwortlich, dieser Partei wieder aufs Pferd zu helfen. Mit Blick auf die nächste Bundestagswahl sich nun an die Seite der Gewerkschaften zu stellen ist der untaugliche Versuch, das Vertrauen der Arbeitnehmer zu gewinnen. Dabei können nur die Gewerkschaften verlieren. Gegen Gemeinsamkeiten bei der Durchsetzung übereinstimmender politischer Ziele zwischen Gewerkschaften und demokratischen Parteien ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Aber Gegensätze dürfen auch nicht verschwiegen werden. Wenn der DGB und seine Einzelgewerkschaften politisch glaubwürdig sein wollen, dann müssen sie ihre parteipolitische Unabhängigkeit in jeder Hinsicht verteidigen. Die SPD ist längst keine Arbeitnehmer-Partei mehr.

Franz Kersjes

Befragung zur Leiharbeit

Viele Betriebe beschäftigen mehr Leiharbeiter, oft über eine längere Zeit. Gut ein Drittel der mittleren und größeren Betriebe in Deutschland hat in den vergangenen beiden Jahren Leiharbeiter beschäftigt. Zahl und durchschnittliche Einsatzdauer der Zeitarbeiter sind in vielen dieser Entleihbetriebe gestiegen. In jedem vierten Entleihbetrieb haben Leiharbeiter regulär Beschäftigte ersetzt. Das ergibt sich aus der neuen Betriebsrätebefragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Die Untersuchung ist repräsentativ für alle Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und Betriebsrat. Rund 12 Millionen Menschen sind in Deutschland in solchen Betrieben beschäftigt.

Nach Angaben der mehr als 2.000 befragten Betriebsräte arbeiteten in 37,3 Prozent der Betriebe zwischen Anfang 2005 und Herbst 2007 Leiharbeiter. Gut 54 Prozent der Entleihbetriebe steigerten in diesem Zeitraum die Zahl der Leiharbeiter. Lediglich 13,7 Prozent verringerten den Einsatz in den vergangenen zwei Jahren. Parallel dazu melden gut 40 Prozent der Betriebsräte, dass die temporären Kräfte in ihrem Betrieb im Durchschnitt länger bleiben – nur rund 14 Prozent berichten von abnehmenden Einsatzdauern. 25,9 Prozent der Betriebsräte von Entleihbetrieben geben an, in ihrem Betrieb hätten zwischen 2005 und 2007 Leiharbeiter regulär Beschäftigte ersetzt. In der großen Mehrheit der Betriebe liegt der Lohn der Leiharbeiter um durchschnittlich 29 Prozent unter dem von Stammbeschäftigten.

Mehr Informationen und Infografik unter http://www.boeckler.de/32014_90430.html

„Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“

Die IG Metall hat unter dem Motto "Gleiche Arbeit - Gleiches Geld" eine bundesweite Kampagne gegen die Ungleichbehandlung von Leiharbeitnehmern gestartet. "Die IG Metall nimmt es nicht hin, dass Stammebelegschaften und Leiharbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden und dass es in den Betrieben Beschäftigte erster und zweiter Klasse gibt", sagte der zweite Vorsitzende der Gewerkschaft, Detlef Wetzels, bei der Vorstellung der Kampagne. "Leiharbeit dient längst nicht mehr dazu, Auftragsspitzen aufzufangen, sondern um Stammarbeitsplätze zu ersetzen." Sie sei zu einem festen Bestandteil der Personalpolitik der Unternehmen geworden. Wetzels forderte ein "Ende des Missbrauchs" und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Leiharbeitnehmern mit dem Ziel der gleichen Bezahlung von Stammebelegschaften und Leiharbeitnehmern. "Grenzenloser Einsatz von Leiharbeit, Verdrängung von regulärer Beschäftigung, Lohndumping - all das ist ab sofort mit uns nicht mehr zu machen", sagte Wetzels. "Wir packen die Leiharbeit aktiv, konsequent und dauerhaft in den Einsatzbetrieben an und gehen offensiv in den Konflikt mit den Arbeitgebern." Ziel der IG Metall sei es, 200 Equal-Pay-Vereinbarungen mit Entleih-Firmen abzuschließen, also Vereinbarungen, die die gleiche Bezahlung von Stamm- und Leiharbeitsbeschäftigten vorsehen. Wetzels richtete einen Appell an Leiharbeitnehmer, sich in der IG Metall zu organisieren. In diesem Jahr wolle die IG Metall 10.000 Leiharbeitnehmer als Mitglieder gewinnen.

Das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied Helga Schwitzer kritisierte, dass durch Leiharbeit langfristig ein Niedriglohnbereich etabliert werde, der tarifliche Standards unter Druck bringe. Sie forderte eine angemessene Beteiligung aller Beschäftigten am wirtschaftlichen Aufschwung. "Allen Beschäftigten steht ein Anteil an der guten wirtschaftlichen Lage zu, auch den Leiharbeitnehmern", sagte Schwitzer. Das will die IG Metall durch die Einführung eines "verbindlichen Sicherheitsgerüsts" erreichen. Dazu gehöre ein Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche als Schutz vor menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, Flächentarifverträge in der Zeitarbeitsbranche und Equal-Pay-Vereinbarungen in Entleihbetrieben.

Nach Angaben der IG Metall beträgt unter Berücksichtigung der Fluktuation beim Leiharbeitereinsatz die Zahl der Leiharbeitnehmer in der Metall- und Elektroindustrie rund 260.000. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Zuwachs von 40.000 oder 25 Prozent. In der Gesamtwirtschaft nahm die Leiharbeit um 22 Prozent zu. Im Durchschnitt kommen in der Metallbranche auf 100 Beschäftigte sechs Leiharbeitnehmer. Von den Betrieben in der Metall- und Elektroindustrie, die Leiharbeit einsetzen, wies ein Drittel einen Leiharbeiteranteil von mehr als zehn Prozent auf.

Im Rahmen der Kampagne "Gleiche Arbeit - Gleiches Geld" findet eine "Fairleih-Tour" statt. Deutschlandweit fährt ein Truck rund 50 Städte an. Die IG Metall berät Leiharbeitnehmer und informiert über die Ziele der Kampagne und den Umfang von Leiharbeit in der Region. Weitere Informationen zur Kampagne unter:

<http://www.gleichearbeitgleichesgeld.de/>

Dreiste Selbstbedienung der Politiker

Die 612 Mitglieder des Deutschen Bundestages sollen mehr Geld bekommen. Erst im November des vergangenen Jahres hatten sich die Parlamentarier mit einer Mehrheit der CDU-, CSU- und SPD-Abgeordneten eine Diätenerhöhung in zwei Schritten genehmigt. Sie beschloss eine Erhöhung von zunächst 330 Euro und dann um 329 Euro zum 1. Januar 2009. Nun sollen die Diäten zum 1. Januar 2009 um weitere 278 Euro und ein Jahr später nochmals um weitere 213 Euro von 7.009 auf dann insgesamt 8.159 Euro steigen. „Ein Anstieg um 1.150 Euro oder 16,4 Prozent innerhalb von nur zwei Jahren ist angesichts des Sparversprechens der Großen Koalition blanker Hohn“, erklärte der Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.

Der Parteienkritiker Hans Herbert von Arnim von der Verwaltungshochschule in Speyer erklärte dazu: „Dieses weitere Draufsatteln ist ein Skandal. Und die Begründung, dass Bundestagsabgeordnete mit den Bezügen von Bundesrichtern gleichziehen wollen, stimmt hinten und vorne nicht. Denn Abgeordnete besitzen eine Fülle von Privilegien, die Richter nicht haben – etwa die steuerfreie Kostenpauschale von 3.800 Euro monatlich, die schon nach einem halben Arbeitsleben erreichte Altersvollversorgung und die unbegrenzte Möglichkeit dazuzuverdienen. Deshalb müsse man zunächst die Privilegien von Abgeordneten prüfen, bevor man über weitere Erhöhungen nachdenkt.“

Auch die Pensionen steigen um elf Prozent

Nach den Diäten sollen nun auch die Pensionen der Mitglieder des Deutschen Bundestages steigen. Mit elf Prozent wächst die Altersversorgung der Politiker zehnmal so schnell wie die Altersbezüge der 16 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Der Bund der Steuerzahler spricht von einem Riesenskandal. Gegenwärtig bekommt ein Abgeordneter nach acht Jahren Zugehörigkeit zum Parlament 1.468 Euro, nach der geplanten Erhöhung wären es nun 1.632 Euro. Dies ist eine Folge der Anhebung der Diäten auf 8.159 Euro ab Januar 2010. Für jedes Jahr Mitgliedschaft im Bundestag erhalten die Abgeordneten künftig einen monatlichen Pensionsanspruch von 204 Euro statt 183,50 Euro pro Monat – ein Plus von 11,2 Prozent. Damit wird die im November 2007 vorgenommene leichte Kürzung der Pensionsansprüche nahezu ausgeglichen. Aufgrund der damaligen Beschlüsse der Großen Koalition sank die Pension für eine achtjährige Mitgliedschaft im Bundestag von 1.682 auf 1.468 Euro. Zum 1. Januar 2010 wird sie mit 1.632 Euro aber fast wieder das alte Niveau erreichen.

Die Empörung in der Bevölkerung über die dreiste Selbstbedienung der Politiker ist groß. Mehrere Parlamentarier wollen deshalb der geplanten Diätenerhöhung ihre Zustimmung verweigern. Sie fürchten, dass ihnen die satten Zuwächse bei der Basis große Probleme bereiten. So hat der Vorsitzende der Kölner SPD in einem Offenen Brief die SPD-Bundestagsabgeordneten aus der Domstadt aufgefordert, die „unangemessene Diätenerhöhung“ abzulehnen. In dem Brief heißt es: „Nicht nur Rentnern, deren Einkommen nach unsäglicher Debatte gerade um 1,1 Prozent erhöht wurde, und Hartz IV Empfängern, denen oft das Nötigste fehlt, ist eine solche Erhöhung der Bezüge nicht zu vermitteln, sondern auch den meisten Bürgern fehlt jedes Verständnis für das Vorhaben.“

Kapitalismus pur

Dividenden: Quandt-Erbin Susanne Klatten wird auch dieses Jahr wieder die höchste Dividende kassieren. Als Großaktionärin bei BMW (12,5 Prozent) erhält sie eine Ausschüttung von 80 Millionen Euro. Von der Chemiefirma Altana, die ihr zur Hälfte gehört, bekommt sie 35 Millionen Euro. Mit Einnahmen von insgesamt 115 Millionen Euro übertrifft sie ihren Bruder Stefan Quandt (111 Millionen Euro) und ihre Mutter Johanna Quandt (107 Millionen Euro). Die Großaktionäre der Porsche Automobil Holding SE, die mittlerweile auch bei VW das Sagen haben, kassierten im Januar rund 192 Millionen Euro auf ihre Stammaktien. Die Quandts kommen gemeinsam auf 333 Millionen Euro Dividende.

Arbeitsmarkt: Der Niedriglohnbereich in Deutschland soll erweitert werden! Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHT) fordert, osteuropäischen Arbeitnehmern schnell den vollen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu gewähren. Keinesfalls dürfe die Bundesregierung die Übergangsfrist erneut verlängern. Mit dem Beitritt von acht mittel- und osteuropäischen Staaten zur EU im Mai 2004 war den Alt-Mitgliedern die Möglichkeit eingeräumt worden, die so genannte Arbeitnehmer-Freizügigkeit für maximal sieben Jahre einzuschränken.

Die 50. Ausgabe der
Welt der Arbeit
erscheint am 18. Juni 2008

Endstation Ladentheke

Edeka, Rewe, Aldi, Lidl und Metro sind verantwortlich dafür, dass Tausende von Arbeiter/innen in Entwicklungsländern zu Hungerlöhnen und unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten müssen. Die genannten fünf größten deutschen Supermarktketten bedienen 70 Prozent des Marktes und nutzen diese Macht schamlos aus. Am Beispiel des Bananen- und Ananasmarktes belegt die neue Studie der Hilfsorganisation Oxfam „Endstation Ladentheke“ die katastrophalen Arbeitsbedingungen der Arbeiter/innen in Costa Rica und Ecuador. Oxfam Deutschland fordert die Supermarktketten auf, ihre Einkaufspolitik drastisch zu ändern. Ferner ruft die Organisation das Bundeskartellamt zur umfassenden Prüfung der Einkaufsmacht der Supermarktketten auf.

Brutale Ausbeutung

„Die Supermärkte setzen ihre Einkaufsmacht massiv dazu ein, die Lieferanten im Preis zu drücken. Bereits jetzt führt der Preisdruck dazu, dass die Lieferanten Arbeits- und Menschenrechte verletzen, um in dem harten Wettbewerb gut abzuschneiden“, berichtet Marita Wiggerthale, Handelsexpertin bei Oxfam Deutschland. Dies bedeute, dass die Arbeiter/innen der Lieferanten sehr lange für sehr wenig Geld arbeiten müssten. „Auf den Ananas-Feldern in Costa Rica sind Arbeitszeiten von zwölf Stunden und mehr die Regel. Der Lohn liegt im Durchschnitt bei neun Euro am Tag – das sind 75 Cent in der Stunde!“, berichtet Wiggerthale. Mitunter gäbe es sogar – noch schlechter bezahlte – Kinderarbeit. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) arbeiten etwa 30.000 Kinder auf den Bananenplantagen Ecuadors. Die Studie zeigt zudem, dass die Arbeiter/innen in den Ananas- und Bananenplantagen auch in hohem Maße gesundheitsschädlichen Pestiziden ausgesetzt sind. Es werden giftige Pflanzenschutzmittel eingesetzt, die in Europa verboten sind.

Politik mit dem Einkaufskorb

Oxfam empfiehlt allen Verbrauchern, die beim Genuss von Südfrüchten ein gutes Gewissen haben wollen, Bio- bzw. Fair Trade-Produkte zu kaufen. Die Gütesiegel garantieren, dass die Früchte umweltverträglich produziert und zu fairen Handelskonditionen abgenommen werden. „Jeder kann dazu beitragen, die Situation zu verbessern, indem er Politik mit dem Einkaufskorb betreibt. Je mehr Menschen bewusst einkaufen, desto größer wird der Druck auf die Supermärkte, ihre Praktiken zu ändern. Außerdem hilft es der Umwelt und fördert ganz direkt bessere Lebensbedingungen in den Produktionsländern“, sagt Wiggerthale.

Die Oxfam-Studie „Endstation Ladentheke“ zeigt, dass die Marktkonzentration besorgniserregende Ausmaße annimmt: Je größer der Marktanteil der wenigen verbleibenden Supermärkte, desto mehr können sie ihre Einkaufsmacht gegenüber den Zulieferern ausspielen. Schon heute verlagern die Supermarktkonzerne viele Kosten und Risiken auf die Zulieferer. Auch rückwirkend geltende Konditionsänderungen sind übliche Praktiken. - Weitere Informationen unter

http://www.oxfam.de/download/endstation_ladentheke.pdf

Buchempfehlungen

Heribert Prantl

Der Terrorist als Gesetzgeber

Wie man mit Angst Politik macht
Droemer, 224 Seiten, 14,95 €

Von Washington bis London, in Paris, Wien, Berlin und Bern, überall werden die Sicherheitsgesetze verschärft. Die Erfassungsnetze werden dichter, die beobachtungsfreien Zonen kleiner: Jeder Einzelne muss es sich gefallen lassen, dass er zur Sicherheit überwacht wird. Zur Sicherheit wird belauscht und ausgespäht, zur Sicherheit werden Computer durchsucht, werden Menschen gefangen gehalten, wird sogar gefoltert. Die Politik verdünnt das Recht, weil sie glaubt, so besser mit den globalen Risiken fertig zu werden. Aus dem freiheitlichen Rechtsstaat wird ein Präventionsstaat, der seine Bürger nicht mehr als unverdächtig, sondern potentiell verdächtig betrachtet – alle Bürger.

Christoph Butterwegge,
Gudrun Hentges (Hrsg.)

Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut

Befunde aus Deutschland,
Österreich und der Schweiz
Budrich, 306 Seiten, 24,90 €

Gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen der Globalisierung der Arbeitsmärkte und einem Rechtsruck? Das Buch spürt der „Modernisierungsverlierer“-These nach und untersucht die Lage in drei Ländern. Die objektiven Veränderungen in der Arbeitswelt und die politischen Interessen der gesellschaftlichen Eliten an einer Popularisierung extrem rechter Einstellungen werden ebenso analysiert wie die subjektiven Reaktionen auf die Umbrüche in der Arbeitswelt.

Bahnprivatisierung **Türöffner fürs Kapital**

Obwohl 70 Prozent aller Deutschen und sogar 73 Prozent aller SPD-Anhänger eine Privatisierung der Deutschen Bahn AG ablehnen, hat die Große Koalition auf Vorschlag der SPD beschlossen, die Logistik-, Dienstleistungs- sowie Personenverkehrssparten der Bahn mit zunächst bis zu 24,9 Prozent an Investoren zu verkaufen. Parteichef Beck betonte, nach Auffassung der SPD solle dies auch der Endpunkt der Privatisierung bleiben. Die Union will dagegen später weitere Anteile der Sparten verkaufen. Das Schienennetz sowie die Bahnhöfe und Energieversorgung sollen voll unter staatlicher Kontrolle bleiben. Experten erwarten, dass für die Anteile Erlöse zwischen fünf und sechs Milliarden Euro erzielt werden können.

SPD-Parteitagsbeschlüsse werden ignoriert

Der Parteitag der SPD hat sich Ende Oktober 2007 gegen jeden Einfluss Privater auf die Bahn ausgesprochen. Mit überwältigender Mehrheit wurden sehr hohe Hürden für eine Bahnprivatisierung aufgestellt, die nun alle gerissen werden. Das jetzt verkündete Holding-Modell stellt einen Durchmarsch der Privatisierer dar, vor dem engagierte SPD-Mitglieder nachdrücklich gewarnt haben. Aber Bahnchef Mehdorn hatte für seine Privatisierungspläne schon in der Vergangenheit rege Unterstützung bei Politikern gefunden. Sie wechselten reihenweise auf lukrative Posten bei der Bahn. Zum Beispiel die früheren Länderverkehrsminister Hartmut Meyer und Jürgen Heyer, der einstige Bundesverkehrsminister Reinhard Klimmt und Bremens früherer Bürgermeister Klaus Wedemeier (alle SPD). Sie alle und einige mehr kamen bei der Bahn unter, als ihre Karriere dem Ende nahte. Nun wird auch noch der bisherige Vorsitzende der Bahngewerkschaft Transnet, Norbert Hansen, Arbeitsdirektor bei der Deutsche Bahn AG. Eine Belohnung für dessen konsequente Unterstützung des Privatisierungskurses. Jetzt plädiert er für Stellenabbau und mehr Privatisierung.

Bereits im Februar fasste Bahnchef Mehdorn mit seinem Vorstand einen brisanten Beschluss, dessen Wortlaut erst jetzt bekannt wurde. Der Konzern will demnach bis zu 30 Tochterunternehmen gründen, in die rund 9.000 Beschäftigte, die meisten von ihnen Lokführer, ausgelagert werden. Es sollen „schlankere Strukturen“ geschaffen werden. Vorbild soll offenbar die – bisher tariflose – DB Heidekraut GmbH sein, die kürzlich mit dem Rhein-Sieg-Express Aachen – Siegen ihren ersten Auftrag gegen die harte Konkurrenz privater Bahngesellschaften gewonnen hat.

Das Bahnnetz wird dünner

Experten warnen vor einem Kahlschlag im Fernverkehr, falls der Bund keine Mindestversorgung festlegt. Schon in den vergangenen Jahren hat die Deutsche Bahn AG ihr Fernnetz massiv ausgedünnt. Nur ein Drittel der Verbindungen gilt als wirklich profitabel – vor allem die Rennstrecken zwischen großen Städten wie Stuttgart, Frankfurt, Köln und Hamburg. Unrentable Strecken aber werden private Aktionäre auf Dauer nicht dulden. Die logische Folge: Das Angebot wird weiter reduziert. Zumal der Fernverkehr ohnehin bereits als größtes Sorgen-

kind des Staatskonzerns gilt und zeitweise schon tiefrote Zahlen schrieb. Bis 2011 soll nun die Sparte ihren Gewinn vor Steuern und Zinsen von 110 auf 570 Millionen Euro mehr als verfünffachen.

„Eine Verfünffachung des Gewinns bis 2011 ist ein sehr ehrgeiziges Ziel“, meint Unternehmensberater Michael Holzhey, der im Auftrag der Bundesländer ein Gutachten zur Bahnprivatisierung erstellt hat. „Das kann man nach unserer Analyse nur erreichen, wenn man zwei Maßnahmen ergreift. Man muss die Preise deutlich erhöhen, vor allem auf den Strecken, auf den Filetstrecken, auf denen man das kann, wie Köln – Frankfurt oder Hamburg – Berlin. Und vor allen Dingen müssen Sie eben das Angebot auch ausdünnen. Denn was viele Leute nicht wissen: Der Fernverkehr ist in vielen Bereichen unrentabel, gerade die InterCity-Strecken sind bestenfalls so auf der Nulllinie, aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Und wenn dann ein Investor kommt und sein Zehn-Prozent-Rendite-Ziel auf jede einzelne Zugverbindung überträgt, wird das der Todesstoß für viele Linien sein.“

Die Privatisierung des nationalen Eisenbahnverkehrs in Neuseeland ist nach Angaben der amtierenden Regierung eine folgenschwere Fehlentscheidung gewesen, die nun rückgängig gemacht werden soll. Das Bahnsystem sei nach dem Verkauf Anfang der 1990er Jahre heruntergewirtschaftet, obwohl das Schienennetz in der Hand des Staates geblieben war. Die Privatisierung sei eine schmerzliche Lektion für das Land gewesen, erklärte der Finanzminister bei der Ankündigung des Rückkaufs.

Franz Kersjes

Blick zurück:**Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933**

So hat - frei nach Bertold Brecht - der Gewerkschaftshistoriker Gerhard Beier ein schmales Büchlein betitelt, in dem er die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften vor 75 Jahren beschrieben hat – und wie es dazu gekommen ist. Ein Lehrstück, also.

Niemand im In- und Ausland hätte die Zerstörung der deutschen Arbeiterbewegung für möglich gehalten, am wenigsten die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Schließlich bildeten die organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten noch wenige Jahre vor der Machtübergabe an das nationalsozialistische Regime weltweit die stärkste freie Gewerkschaftsbewegung. Über 40 Prozent aller im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Menschen gehörten den deutschen Organisationen an. Und die glaubten, mit jeder politischen Krise fertig werden zu können. Schließlich hatte man schon einmal die Republik gerettet – 1920 durch einen Generalstreik zur erfolgreichen Abwehr des Kapp-Putsches.

Da Hitler nicht über Nacht kam, da seine aggressive ‚Bewegung‘ längst vor 1933 die Republik bekämpfte und alle, die sich zu ihr bekannten, waren die Gewerkschafter vorbereitet, vor allem die an der Basis Aktiven. Sie hatten bewaffnete SA-Horden erlebt, die ihre Versammlungen sprengten; sie hatten Straßenschlachten erlebt, waren verprügelt, verletzt und einige sogar ermordet wurden. Sie waren gerüstet. Sie hatten sich im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und 1931 mit diesem in der Eisernen Front zu einem wehrhaften republikanischen Kampfverband zusammengeschlossen, um den paramilitärischen Nazi-Einheiten wirksam begegnen zu können – „auf gleicher Augenhöhe“, wie man das heute ausdrücken würde.

Aber die Führung des ADGB, allen voran Theodor Leipart, fuhr einen anderen Kurs. Sie wartete ab und beschwichtigte, wie sie es schon nach der so genannten Machtergreifung getan hatte: Sie sprach von den „reichen Widerstandskräften der deutschen Arbeiterschaft“, die „schon manchen Gegner kommen und gehen sah“, der behauptet hatte, „dass er die Arbeiterbewegung endgültig vernichten werde“. Auch der in den Gewerkschaften diskutierte Generalstreik zur Abwehr des Nationalsozialismus wurde von der Führung abgelehnt. Er sei „eine furchtbare Waffe“, die nur eingesetzt werden dürfe, „wenn es sich um Leben und Sterben der Arbeiterklasse handelt“. Die ADGB-Führung erkannte nicht, dass es sich genau darum handelte: um Leben und Sterben der Arbeiterklasse.

Dann ging es auf den 1. Mai 1933 zu. Das war ein Montag, so dass die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter schon am Sonntag anreisen und sich zu einer machtvollen Demonstration gegen das neue Regime versammeln konnten. So war es gedacht. Aber die NS-Regierung unterlief dieses Vorhaben mit einem Coup: Sie verkündete am 10. April ein Gesetz, das aus dem freiwilligen internationalen Kampftag der Arbeiter einen erzwungenen „Feiertag der nationalen Arbeit“ machte, der als „Volksfest“ begangen werden sollte. Aus dem traditionsreichen Tag der Kundgebungen gegen die herrschenden

Verhältnisse wurde ein Aufmarsch der Herrschenden. Was das Regime wirklich vorhatte, wurde von der ADGB-Führung noch immer verkannt. Sie ließ die Gewerkschafter wissen: „Wir begrüßen es, dass die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat.“ Die Mitglieder wurden ausdrücklich aufgefordert, sich an den Maifeiern „festlich zu beteiligen“. Man wollte dem NS-Regime keine Handhabe für weitere Beschädigung der Gewerkschaftsbewegung liefern. An der Basis aber wurde der Mai-Aufruf des ADGB als „Dokument tiefster Beschämung“ empfunden, das „Tränen der Wut und des Zorns“ auslöste – mit Recht. Druck wurde außerdem in den Betrieben ausgeübt: Arbeitern, die beim „Volksfest“ nicht fröhlich mitmarschieren wollten, drohte Lohnverweigerung, sogar Entlassung.

Die harmlos als ‚Gleichschaltung‘ bezeichnete Vernichtung der Gewerkschaften begann reichsweit zentral gesteuert, am 2. Mai um 10 Uhr. Alle Gewerkschaftshäuser und Schulungsstätten wurden besetzt, ADGB und AfA-Bund enteignet, ehren- und hauptamtliche Funktionäre in ‚Schutzhaft‘ genommen, erniedrigt, verhört, gequält. Einige Gewerkschafter überlebten die Torturen nach dem 2. Mai 33 nicht. Es war auch der Tod der Freien Gewerkschaften in Deutschland.

Gerhard Beier hat seinem „Lehrstück“ einen sehr kurzen Brecht-Dialog vorangestellt. Andrea sagt: „Unglückliches Land, das keine Helden hat!“ Darauf entgegnet ihm sein Lehrer Galileo Galilei: „Nein. Unglückliches Land, das Helden nötig hat.“

Antje Dertinger

Mehrarbeit oft unbezahlt

Im Aufschwung der vergangenen Jahre haben zahlreiche Betriebe ihre Arbeitszeiten verlängert. Nur ein Teil der Beschäftigten bekommt für mehr Arbeit auch mehr Geld. Dass die Wirtschaft brummt, merken viele Arbeitnehmer in letzter Zeit vor allem beim Blick auf die Uhr. Ein Viertel der Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und Betriebsrat hat zwischen Anfang 2005 und Herbst 2007 die Arbeitszeit ausgeweitet - deutlich mehr als in den zwei Jahren zuvor. Das ergibt die neue Betriebsrätebefragung des WSI. Parallel sank nach Angaben der gut 2.000 befragten Arbeitnehmervertreter der Anteil der Betriebe, in denen die Arbeitszeit verkürzt wurde, von fast zwölf auf knapp acht Prozent.

Die Unternehmensleitung muss mit dem Betriebsrat eine Vereinbarung treffen, wenn sie die Ar-

beitszeit verändern will. "Häufig argumentiert das Management mit einer verschärften Wettbewerbssituation", sagt Hartmut Seifert, Leiter des WSI. Die Arbeitszeit auf diese Weise auszuweiten, sei für Arbeitgeber sehr attraktiv. Denn dabei handele es sich nicht um Überstunden, für die Zuschläge bezahlt werden müssen, sondern um längere "normale" Arbeitszeiten, so Seifert. Betriebe können kurzfristig ihre Produktionskapazitäten ausdehnen, ohne Überstunden anzuordnen oder neue Mitarbeiter einzustellen. Das spart Kosten. Insbesondere, wenn Unternehmen ihren Beschäftigten für die Mehrarbeit keinen Lohnausgleich zahlen.

Lediglich rund 53 Prozent der Arbeitnehmervertreter, in deren Betrieb die Arbeitszeit verlängert wurde, berichten auch über einen

vollständigen oder partiellen Lohnausgleich. Der Trend zu längeren Arbeitszeiten ist seit gut fünf Jahren ungebrochen, beobachtet Seifert, und ein Teil davon taucht in keiner Statistik auf: "So zeigt unsere Untersuchung auch, dass jeder Beschäftigte pro Woche 0,7 Überstunden leistet, die nicht vergütet werden." Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung meint, dass auf jede bezahlte Überstunde eine unbezahlte kommt. Auch von Mehrarbeit, die auf betrieblichen Arbeitszeitkonten gespeichert wird, haben die Beschäftigten nicht immer etwas: In jedem vierten Betrieb mit solchen Konten verfallen Zeitguthaben, so die Betriebsrätebefragung. "Die Arbeitszeit wird zunehmend zum Einfallstor für indirekte Lohnsenkungen", sagt Seifert. "Würde hingegen die tatsächlich geleistete Arbeitszeit voll bezahlt, würden die Einkommen nicht unbeträchtlich steigen." http://www.boeckler.de/32014_90372.html

Neue Texte auf der Website **Welt der Arbeit**

Lebensbilder
Die vergessenen Opfer des Kalten Krieges

Medien
Renditen kontra Meinungsvielfalt

Gewerkschaften aktuell
Ansprache zum 1. Mai 2008

Gewerkschaftsgeschichte
Viktor Agartz und die Gewerkschaften

Gewerkschaften aktuell
Vor 75 Jahren – Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften

<http://www.weltderarbeit.de>

700.000 Rentner haben Minijob

Immer mehr ältere Menschen arbeiten über das Rentenalter hinaus. In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der Minijobber über 65 Jahren um knapp 40 Prozent auf 702.141 gestiegen. Hinzu kommen etwa 115.000 sozialversicherte Beschäftigte. Das berichtet die Tageszeitung *Die Welt* unter Berufung auf Zahlen des Bundesarbeitsministeriums. 2002 hatte es erst 506.065 Minijobber und 109.212 Beschäftigte im Rentenalter gegeben. Tatsächlich dürften noch weitaus mehr Menschen über 65 Jahre in einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Denn Selbstständige sind in der Statistik des Ministeriums nicht erfasst. Auch arbeitende Rentner unter 65 Jahren werden in der Statistik nicht mitgezählt.

Die Kaufkraft deutscher Rentner ist einer Studie zufolge binnen

weniger Jahre drastisch geschrumpft. Das reale Einkommen der Rentner sank von 2004 bis einschließlich 2008 um 8,5 Prozent, wenn die Preissteigerungsrate berücksichtigt wird. In diesem Jahr beträgt das Minus voraussichtlich gut 1,3 Prozent.

Der DGB sieht das Problem einer wachsenden Altersarmut nicht auf Ostdeutschland beschränkt. Es handele sich „um ein Zukunftsproblem ersten Ranges, das Ostdeutschland wegen der hohen Langzeitarbeitslosigkeit und des Lohndumpings besonders treffen wird“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Kernproblem in Ost und West sei das Zusammenwirken von Niedriglöhnen, ungesicherten Arbeitsverhältnissen, Langzeitarbeitslosigkeit und der Kürzungen der Rentenleistungen.

Karl Marx als Trio zu Hause im Park



Lebensgroß und dreifach steht Karl Marx seit seinem 190. Geburtstag am 5. Mai dieses Jahres im Park seines Geburtshauses in Trier. (Auf dem Foto ist er jedoch noch im Atelier des Künstlers Klaus Kammerichs in der Vulkaneifel zu sehen.) Über den dreifachen Marx mag sich jeder seine Gedanken machen: 1.: der Mensch an sich?, 2.: der Philosoph?, 3.: der Exilant? Der Schöpfer der drei Skulpturen sagt schlicht: Am Ende eines jeden der Wege im Park des Marx-Hauses begegnet man nun unausweichlich ihm: Karl Marx. – Der Bildhauer Klaus Kammerichs kommt unverkennbar von der Fotografie. Seine verblüffend plastischen Betonskulpturen erinnern geradezu irritierend an Fotos in der dritten Dimension – wenn es die denn gäbe.

A.D. / Foto: K. Kammerichs

* * * *

Filmtipp

Unser Gesetz heißt Solidarität

Der Zeitungsstreik bei Weser-Kurier und Bremer Nachrichten
Dokumentarfilm von Peter Kleinert und Reinhold Böhm

Nach dem erfolgreichen Lohn- und Gehaltsstreik 1977 in der Druckindustrie wollte Bremens Monopolverleger Meyer die erkämpften Gehaltserhöhungen bei den Angestellten und Redakteuren seines Verlags auf die übertariflichen Zulagen anrechnen. Ermutigt durch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Betrieb traten die Betroffenen, unterstützt vor allem durch die Drucker und Setzer, in einen „wilden Streik“, den ihre Gewerkschaft, die damalige IG Druck und Papier, offiziell nicht unterstützen durfte. Tatsächlich dauerte dieser – am Ende erfolgreiche – betriebliche Arbeitskampf drei Wochen.

Welt der Arbeit

Internet-Publikationen

Herausgeber und verantwortlich
für den Inhalt:
Franz Kersjes
Abendrothstr. 5, 50769 Köln
Telefon: 0171 – 5 26 65 35
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die *Welt der Arbeit* erscheint nach
Bedarf kostenlos online und auf
der Website
www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung
von Belegen erwünscht. – Beiträ-
ge von Gastautoren stellen nicht
in jedem Fall die Meinung des
Herausgebers dar.

Empfehlungen:

<http://www.nachdenseiten.de>
<http://www.labournet.de>
<http://www.einblick.dgb.de>
<http://www.verdi.de>
<http://www.igmetall.de>
<http://www.wissentransfer.info>
<http://www.erwerbslose.de>
<http://www.attac.de>
Neue Rheinische Zeitung
<http://www.nrhz.de>

Institut für Bildung, Medien und Kunst

im Heinrich-Hansen-Haus
Teutoburger-Wald-Straße 105
32791 Lage-Hörste
Telefon: 0 52 32 / 9830
Mail: bst.imk@verdi.de
Infos: <http://www.imk.verdi.de>

Zahlreiche Bremer Bürger, sogar
Bürgermeister Hans Koschnick,
die während der Zeit auf eine
lokale Zeitung verzichten mus-
sten, solidarisierten sich vor der
Kamera mit der streikenden Be-
legschaft. Die so entstandene un-
gewöhnliche Innenansicht eines
Arbeitskampfes wurde ein Jahr
später im WDR gesendet.

Weiter Infos und Filmbestellung
(DVD) unter
<http://www.kaos-archiv.de>